



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Umwelt, Energie und
Sauberkeit
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-Mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3314
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Morbe

Wiesbaden, 27.08.2020

1. Den Mitgliedern des
Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit
am Dienstag, 1. September 2020, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 101 (Großer Festsaal, 1. Stock), Schlossplatz 6, Wiesbaden

HINWEIS: Es wird empfohlen, einen Mund-Nase-Schutz zu tragen.

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift der Sitzung vom 16.06.2020
2. 20-F-21-0030

Ausstiegshilfen für Kleintiere in Wasserbecken auf Wiesbadener Friedhöfen

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -

Vor allem in den Sommermonaten nutzen Insekten, Vögel und Kleintiere die Wasserbecken auf Friedhöfen, um ihren Durst zu stillen. Leider kommt es beim Versuch das Wasser zu erreichen oft vor, dass Tiere, wie z.B. Eichhörnchen in die Becken fallen. Aufgrund der glatten Wände der Becken ist ein Herauskommen für diese Tiere dann oft unmöglich.

Der Naturschutzbund empfiehlt im „Leitfaden zur artenschutzgerechten Gestaltung von Friedhöfen“ Ausstiegshilfen für Kleintiere anzubringen, um sie vor dem Ertrinken zu retten.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob in Wiesbaden die Installation von Ausstiegshilfen bei den entsprechenden Wasserbecken (sofern sie baulich notwendig sind) für Kleintiere auf den Friedhöfen bereits punktuell oder flächendeckend erfolgt bzw. geplant ist.
2. Falls dies noch nicht erfolgt oder geplant ist, wird der Magistrat beauftragt entsprechende Ausstiegshilfen zu installieren, hierbei sollen sogenannte „Kleintiertreppen“ bevorzugt werden. Bis dahin sollen umgehend Äste behelfsmäßig in die Becken gelegt werden - mit dem Hinweis, dass diese nicht entfernt werden dürfen, da diese oft aus Unwissen über den Zweck der Äste von Dritten entfernt werden.
3. Der Magistrat wird ferner darum gebeten zu prüfen ob eine ähnliche Gefährdung an Brunnen, insbesondere an den Dorfbrunnen in den Vororten besteht und bei entsprechender Einschätzung analoge Maßnahmen zu ergreifen.

3. 20-F-03-0014

Wiesbaden im Klimawandel - Trinkwasserversorgung und natürlicher Wasserhaushalt

- Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -

Wiesbaden erlebt das nunmehr dritte Trockenjahr in Folge. Die bisherigen Niederschläge des Jahres 2020 reichen bei weitem nicht aus, um den gesunkenen Grundwasserspiegel wieder aufzufüllen. Die Folgen für den Stadtwald sind bereits jetzt dramatisch, auch die Landwirtschaft ist massiv betroffen. Die Wald- und Feldbrandgefahr steigt, Bäche und Gewässer trocknen aus. Die Wasserentnahme aus oberirdischen Gewässern wurde daher auch in diesem Jahr mit Verfügung vom 08.07.2020 untersagt.

Der fortschreitende Klimawandel gefährdet die ausreichende Trinkwasserversorgung der Bevölkerung ebenso wie den natürlichen Wasserhaushalt. Insbesondere die Wassergewinnung aus den Flachstollen im Taunus schädigt mehrere Quellbäche und sollte auf andere Gewinnungsanlagen umgeschichtet werden.

Nicht nur Wiesbaden, sondern z. B. auch Frankfurt bezieht einen großen Teil des Trinkwassers aus dem Hessischen Ried. Dort leiden Wälder bereits seit Jahren unter niedrigen Grundwasserständen, obwohl eine Aufspiegelung mit Rheinwasser stattfindet. Der Rhein liefert auch das Brauch- und Kühlwasser für Wiesbadener Industriebetriebe und das Wasser zur Aufbereitung im Wasserwerk Petersaue, ist also insgesamt die wichtigste Wasserquelle für Wiesbaden.

Angesichts eines absehbaren Wassermangels durch Trockenzeiten müssen mit hoher Priorität Strategien zur Senkung des Trinkwasserverbrauchs, zum Schutz der Oberflächengewässer und zur Sicherung der Grundwasserneubildung entwickelt werden.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

- 1.1 Wie stellt sich angesichts des nunmehr dritten Trockenjahrs in Folge die Trinkwasserverfügbarkeit für Wiesbaden aus den Bezugsquellen Hessisches Ried, Taunusgewinnung, Naurod/Niedernhausen, WW Schierstein/WW Petersaue dar?
 - 1.2 Mit welcher Entwicklung ist für die kommenden Jahre angesichts der absehbar fortschreitenden Klimaerhitzung zu rechnen, im Einzelnen:
 - Welche längerfristigen Kapazitätsreserven bestehen bei den Wasserwerken auf der Petersaue und in Schierstein bzw. könnten erschlossen werden?
 - Welche Ertüchtigungen der Infrastruktur zur Trinkwassergewinnung und Grundwassersanierung im Hessischen Ried sind zur langfristigen und insbesondere waldökologisch verträglichen Wasserversorgung erforderlich (Leitungsbau, Kapazitätserweiterung der Rheinwasseraufbereitung, Steigerung der Infiltrationsmengen etc.)? Wie ist hier der Sachstand?
 - Sind die Wassermengen des Rheins längerfristig ausreichend auch für steigende Wasserentnahmen, gibt es Einschätzungen zu einer verträglichen Entnahme-Höchstmenge?
 - Kann die Wassergewinnung aus den Flachstollen im Taunus zum Schutz der Fließgewässer auf andere Gewinnungsanlagen verlagert werden?
 - 1.3. Wie verteilt sich der Wiesbadener Trinkwasserverbrauch auf die unterschiedlichen Verbrauchergruppen wie z. B. Gewerbe/Industrie, Landwirtschaft, Privathaushalte, öffentliche Grünpflege?
 - 1.4. Welche Instrumente wie z. B. Verfügungen stehen der Landeshauptstadt Wiesbaden zur Verfügung, um in Trockenphasen sowohl den Trinkwasserverbrauch als auch die Wasserentnahme aus Grundwasser und Oberflächengewässern zu begrenzen? Auf welche Verbrauchergruppen kann hiermit eingewirkt werden? Konnte mit derartigen Maßnahmen in den vergangenen Jahren der Wasserverbrauch reduziert werden?
 - 1.5. Welche Flächen im Wiesbadener Stadtgebiet sind besonders wichtig für die Speicherung von Niederschlagswasser, die Wasserfilterung und die Grundwasserneubildung? Durch welche Maßnahmen können diese Funktionen dauerhaft gesichert oder sogar gestärkt werden?
 - 1.6 Welche Maßnahmen und Prioritäten sieht der Magistrat für die Entwicklung eines Managements für Trinkwasser, Grundwasser und Oberflächengewässer angesichts der fortschreitenden Klimaerhitzung?
2. Der Magistrat wird gebeten,
- 2.1. zeitnah eine Abschätzung des künftigen Trinkwasserbedarfs für die Gesamtstadt Wiesbaden unter Berücksichtigung aller derzeit geplanten Neubaugebiete (inklusive Ostfeld/Kalkofen) vorzulegen und zu erläutern, aus welchen Trinkwassergewinnungsanlagen die künftigen Trinkwasserbedarfe ökologisch verträglich gedeckt werden können. Hierbei ist insbesondere ein erhöhter Trinkwasserbezug aus dem Hessischen Ried auch im regionalen Kontext zu bewerten.
 - 2.2. Maßnahmen zur Trinkwassereinsparung, Brauch- und Regenwassernutzung sowie zur Vermeidung weiterer bodenversiegelnder Flächeninanspruchnahmen mit hoher Priorität weiterzuverfolgen.
 - 2.3. eine öffentlichkeitswirksame Kampagne zum Wassersparen zu entwickeln.

2.4. die Inanspruchnahme von entsprechenden Fördermitteln zu prüfen.

2.5. auf Hessenwasser dahingehend einzuwirken, dass die Trinkwassergewinnung aus den Taunus-Flachstollen möglichst komplett eingestellt und auf andere Wassergewinnungsanlagen verlagert wird.

2.6. sich gegenüber Hessenwasser und dem Land Hessen dafür einzusetzen, dass erforderliche Infrastrukturmaßnahmen zur Sicherstellung einer ökologisch verträglichen Trinkwassergewinnung schnellstmöglich umgesetzt werden.

4. 20-F-05-0045

Klimaanpassungen im Baumbestand der Wiesbadener Wälder

- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.08.2020 -

Der Klimawandel macht auch vor den Wäldern auf Wiesbadener Stadtgebiet nicht Halt. Über weite Strecken trockene Sommer setzen den heimischen Baumarten zu. Bereits jetzt weisen Forstwissenschaftler darauf hin, dass bei der Bewirtschaftung von Wäldern zukünftig auch bisher nicht-heimische Baumarten für Neupflanzungen in Frage kommen müssten. Die heimische Forstwirtschaft müsse zudem weitere Anpassungen wie z.B. eine Reduzierung der Baumdichte vornehmen, um auch langfristig gesunde Wälder sicherzustellen.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. welche aktiven Anstrengungen er zur Klimaanpassung der Wiesbadener Wälder unternimmt.
2. ob er plant, zukünftig auch nicht-heimische Baumarten im Wiesbadener Stadtwald anzusiedeln.
3. die benötigten finanziellen Investitionen zur Klimaanpassung der Wiesbadener Wälder für die nächsten Jahre zu skizzieren.

5. 18-F-21-0065

ANLAGE

Zustand des Stadtwaldes nach Trockenperiode 2018

- Beschluss Nr. 126 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 27.08.2019 -
- Aktueller Sachstand -

6. Vorgartensatzung - Schottergärten

6.1 20-F-08-0020

ANLAGE

Änderung der Vorgartensatzung

- Antrag der Fraktion Linke&Piraten vom 04.03.2020 -
- Beschluss Nr. 34 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 10.03.2020 -

6.2 19-F-21-0054

ANLAGE

Rückbau und Verhinderung von Schottergärten - Sachstand Anpassung der Vorgartensatzung

- Bericht des Dezernates V vom 29.02.2020 -

6.3 19-F-05-0050

ANLAGE

Rückbau und Verhinderung von Schottergärten - Sachstand Anpassung der Vorgartensatzung

- Antrag der FDP-Fraktion vom 26.11.2019 -

- Beschluss Nr. 200 des Ausschusses für Umwelt, Energie und Sauberkeit vom 26.11.2019 -

7. 20-F-11-0005

Bewässerung von städtischen Grünflächen und Bäumen

- Antrag der Fraktion FW/BLW vom 19.08.2020 -

Trinkwasser ist vielerorts ein knappes Gut dieser Tage. In einigen Gemeinden Deutschlands musste angesichts der hohen Temperaturen im Juli und August bereits der Wasserverbrauch drastisch beschränkt werden. So wurde in vielen Gemeinden u.a. das Bewässern von Privatgärten untersagt.

Stadtbäume und öffentliche Grünflächen andererseits dienen dazu eine Überwärmung der Innenstadt zu verhindern. Diese müssen bei anhaltend hohen Temperaturen regelmäßig bewässert werden, damit sie nicht eingehen.

Angesichts des Klimawandels ist zukünftig von einer Zunahme der Trockenperioden auszugehen, was wiederum zu einem erhöhten Wasserbedarf für die Bewässerung von Grünflächen führen wird. Eine rationelle Wasserverwendung, wie sie auch das Leitbild für ein Integriertes Wasserressourcen-Management Rhein-Main (IWRM) fordert ist hier sicher angebracht.

Um Trinkwasser zu sparen wäre z.B. die verstärkte Nutzung von Regen- bzw. Betriebswasser aus öffentlichen Zisternen für die Bewässerung von städtischen Grünflächen und Bäumen sinnvoll.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten folgende Fragen zu beantworten:

1. Gibt es Zisternen in Wiesbaden, die das Grünflächenamt zur Bewässerung der städtischen Grünanlagen und Stadtbäume nutzt?
 - a) Wenn ja, wo, wie viele, wie groß sind diese und in welchem Umfang wird das hier gesammelte sogenannte Betriebswasser für den genannten Zweck genutzt?
 - b) Wenn nein, warum wird das Betriebswasser nicht zur Bewässerung genutzt und ist geplant in Zukunft für die Bewässerung der städtischen Grünanlagen Regenwasser/Betriebswasser zu verwenden?

2. Wieviel Trinkwasser wird im Vergleich dazu zur Bewässerung der städtischen Bäume und Grünflächen genutzt?
3. Wie viele öffentliche Gebäude in Wiesbaden besitzen bereits Zisternen, deren Inhalt zur Bewässerung von Grünflächen genutzt wird.
4. Ist geplant weitere Zisternen auf städtischen Grundstücken zu bauen, die dann vom Grünflächenamt genutzt werden können? Wenn ja, wo; wenn nein, warum nicht?
5. Die Stadt Frankfurt nutzt, wie kürzlich in der Presse zu lesen war, bereits Flusswasser zur Bewässerung von öffentlichem Grün. Wird dieses auch in Wiesbaden genutzt bzw. ist die Nutzung geplant? Wenn ja in welchem Umfang, wenn nein warum nicht.

8. 20-F-21-0031

Sachstand und Aktualisierung „Bürgersolaranlagen in Wiesbaden“

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -

Seit 2013 können Bürgerinnen und Bürger Teilhaber an der „Mein Solar Wiesbaden GmbH & Co. KG“ werden und sich mit Anteilen von 500 bis 5.000 Euro an Solarstromanlagen beteiligen. Die Stadt Wiesbaden will auf diesem Wege insgesamt ca. 700.000 € einwerben, mit den Solaranlagen eine Leistung von 690.000kWp realisieren, jährlich rund 655.000 Kilowattstunden Strom erzeugen und 455 Tonnen CO² einsparen.

Der Ausschuss möge beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten,
 - wie sich der Verkauf der Anteile seit 2013 entwickelt hat
 - wie hoch die Leistung der realisierten Solaranlagen, die jährliche Stromerzeugung und die CO²-Einsparungen sind.
 - ob man angesichts der vielen Möglichkeiten, die das Solarkataster noch bereithält, das Angebot ausweiten kann oder ob es unter den veränderten Rahmenbedingungen (EEG-Änderungen) seit 2013, vielmehr sinnvoller ist ein neues Projekt aufzuziehen.
2. Ferner wird der Magistrat gebeten, den neuen Sachstand auf der Homepage der Stadt Wiesbaden einzupflegen.

9. 20-F-21-0032

Einsatz von Recyclingmaterial aus Beton

- Antrag der Fraktionen von SPD, CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 26.08.2020 -

Recycelter Beton ist in Deutschland bereits seit mehr als 20 Jahren zugelassen und das Material gilt technisch gesehen als gleichwertig zu Beton aus frischem Sand. Allerdings findet sein Einsatz in der Bauindustrie kaum Beachtung. Wenn der recycelte Baustoff eingesetzt wird, dann noch vorwiegend im Straßenbau.

Allerdings wäre auch ein großflächiger Einsatz im Tief- und Hochbau möglich. Der Landkreis Esslingen in Baden-Württemberg setzt beispielsweise verstärkt auf diesen umweltfreundlicheren Baustoff.

Die Kapazitäten von Schuttdeponien sind bereits jetzt weitgehend erschöpft, jedes Jahr kommen Millionen Tonnen neuer Schutt dazu. Dessen Transport per LKW verbraucht zusätzlich fossile Rohstoffe. Gleichzeitig wird neuer Sand und Kies für Neubauten abgebaut. Der Einsatz von recyceltem Material wäre ein bedeutender Beitrag - nicht nur für die Klimaschutzziele der Stadt Wiesbaden.

Der Ausschuss möge daher beschließen:

1. Der Magistrat wird gebeten zu berichten, ob und wo der Einsatz von Recycling-Beton in Wiesbaden bereits erfolgt ist, welche Erfahrungen damit gemacht wurden bzw. welche fachliche Einschätzung der Magistrat zu dessen Einsatz hat.
2. Unter der Voraussetzung, dass keine fachlichen Bedenken zum Einsatz von Recycling-Beton seitens des Magistrats bestehen, wird er gebeten in Zukunft zu überprüfen, wo der Einsatz von Recycling-Beton möglich ist und diese Möglichkeit auch verstärkt in den Ausschreibungen zu berücksichtigen.

10. 19-F-21-0038

ANLAGE

Wildtierrettung in Wiesbaden

1. Bericht des Dezernates V vom 16.10.2019
2. Mündlicher Bericht des Dezernates V

11. 20-V-61-0004

DL 30/20-16

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Osthafen, westlich des Hafenwegs" im Ortsbezirk Schierstein - Feststellungsbeschluss -

12. 20-V-61-0005

DL 31/20-6

Bebauungsplan "Osthafen, westlich des Hafenwegs" im Ortsbezirk Schierstein - Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

13. 20-V-61-0006

DL 31/20-7

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Nahversorgungsstandort Am Gückelsberg" im Ortsbezirk Kostheim - Feststellungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

14. 20-V-61-0007 DL 31/20-8

Bebauungsplan Nahversorgungsstandort „Am Gückelsberg“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
- Satzungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

15. 20-V-61-0020 DL 26/20-12

Bebauungsplan "DG-Verlag 2. Erweiterung" im Ortsbezirk Bierstadt - Satzungsbeschluss -

16. 20-V-61-0023 DL 31/20-9

Wohnbauflächenentwicklung
Bebauungsplan „Quartier am Bürgerhaus“ im Ortsbezirk Mainz-Kostheim
- Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

17. 20-V-61-0024 DL 31/20-10

Flächennutzungsplanänderung für den Planbereich "Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße" im Ortsbezirk Dotzheim - Änderungsbeschluss -

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

18. 20-V-61-0025 DL 31/20-11

Bebauungsplan "Elisabeth-Selbert-Schule an der Stegerwaldstraße" im Ortsbezirk Dotzheim - Erweiterter Aufstellungsbeschluss mit Beauftragung der Verfahrensdurchführung

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

19. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 18-F-05-0036 ANLAGE

Rheinwiesen Biebrich

- Bericht des Dezernates V vom 25.06.2020 -

2. 19-F-10-0026 ANLAGE

Brandbekämpfung E-Fahrzeuge

- Bericht des Dezernates I vom 01.08.2020 -

3. 20-F-08-0021 ANLAGE

Beteiligung des Klimaschutzbeirats

- Bericht des Dezernates V vom 30.07.2020 -

4. 20-F-20-0005 ANLAGE

Reduzierung öffentlicher Verpackungsmüll

- Bericht des Dezernates IV vom 08.06.2020 -

5. 20-V-20-0018 DL 26/20-6

Investitionscontrolling 2020 zum Stichtag 04.05.2020

6. 20-V-20-0035 DL 31/20-2

Investitionscontrolling 2020 zum Stichtag 03.08.2020

- Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich erst in seiner Sitzung am 01.09.2020 -

7. 20-V-64-0003 DL 30/20-17

Finale Umsetzung des stadtweiten LED-Rollout 2021-2024

8. 20-V-66-0002 DL 26/20-13

DIGI-L: Bericht 2019 und aktueller Sachstand

9. 20-V-67-0014 DL 27/20-2

Friedhofsentwicklungskonzept 2030 - Zwischenbericht und Sanierungsbedarfe Gebäude

10. 20-V-67-0020 DL 30/20-18

Berechnungsanlage Apothekergarten Wiesbaden

Tagesordnung III - nicht öffentliche Beratung -

1. 20-V-36-0016

DL 30/20-2 NÖ

Niederschrift über die nicht-öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates beim Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden vom 30.07.2020

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Maritzen
Vorsitzender